

28

82

# Union in Deutschland

Bonn, den 23. September 1982

## Bereit zur Übernahme der Regierung

Parteipräsidium und Bundesvorstand der CDU haben auf ihrer Sitzung am Montag, 20. September 1982, den Bericht des Parteivorsitzenden Helmut Kohl über die politische Lage nach dem Zerfall der Koalition zwischen SPD und FDP entgegengenommen. Parteipräsidium und Bundesvorstand haben einstimmig beschlossen, Helmut Kohl zum Kanzler einer neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP vorzuschlagen.

Die SPD/FDP-Koalition ist beendet. Sie ist gescheitert an der inneren Zerrissenheit der SPD. Die Schmidt-Regierung hat unser Land in schwere Krisen treiben lassen. Am Ende der Regierung Schmidt

■ ist die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland ins Zwielicht geraten und der Verteidigungswille erschüttert,

■ sind die wirtschaftlichen Grundlagen bedrohlich geschwächt,

■ wächst der staatliche Schuldenberg von Tag zu Tag,

■ nimmt die Steuer- und Abgabenlast zu,

■ wächst die Zahl der Arbeitslosen weiter.

(Fortsetzung Seite 2)

## Helmut Kohl soll Kanzler werden

Die Erklärung, die nach dem ersten Koalitionsgespräch zwischen CDU/CSU und FDP veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut: Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP empfehlen ihren Fraktionen, am Freitag, dem 1. Oktober 1982, Helmut Kohl zum Bundeskanzler zu wählen. Sie gehen ... von der Erwartung aus, daß zeitgerechte Vereinbarungen für die politische Zusammenarbeit in der neuen Bundesregierung und der neuen Mehrheit im Bundestag erreicht werden, die erfolgreiches, gemeinsames Handeln zur Lösung der wichtigsten Aufgaben deutscher Politik gewährleisten. Sie halten baldige Neuwahlen zum Bundestag für erforderlich.

Helmut Kohl erklärt, daß er als gewählter Bundeskanzler noch in diesem Jahr den Zeitpunkt für das Ingangsetzen des verfassungsmäßigen Verfahrens bekanntgeben wird, damit am ersten Sonntag im März Neuwahlen zum Deutschen Bundestag stattfinden können.

(Fortsetzung von Seite 1)

Deutschland braucht einen neuen Anfang. Eine Regierung aus CDU/CSU und FDP gibt den Menschen wieder Hoffnung auf politische und wirtschaftliche Stabilität und auf die Sicherung des sozialen Friedens durch soziale Gerechtigkeit.

Wir müssen jetzt handeln:

1. Wir brauchen unverzüglich eine neue Regierung. Jetzt muß rasch der Bundeskanzler gewählt und die neue Regierung gebildet werden. Ein Minderheitskabinett Schmidt bedeutet monatelange Unsicherheit.

2. Die neue Regierung wird klare Zeichen setzen:

- Sie wird eine Politik der Partnerschaft nach außen festigen.
- Sie wird die Gesundung der Staatsfinanzen einleiten.
- Und sie wird erste Entscheidungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit treffen.

3. Im ersten Vierteljahr 1983 sollen die Wähler über die neue Regierung und ihr Programm durch Neuwahlen entscheiden.

Der Weg aus der Krise erfordert Jahre der Anstrengungen aller Deutschen. Wir müssen vereint an die Arbeit gehen und willig dazu unseren Beitrag leisten. Die Regierung Kohl ist der Beginn einer neuen Gemeinsamkeit: für eine aktive Friedenssicherung, für wirtschaftliche Gesundung und für sozialen Frieden.

## Überwältigende Mehrheit für Helmut Kohl

Die CDU/CSU-Fraktion hat Helmut Kohl am Dienstag, 21. September 1982, nahezu geschlossen zum Kanzlerkandidaten für das konstruktive Mißtrauensvotum am Freitag, 1. Oktober 1982, nominiert. In geheimer Wahl entfielen auf Helmut Kohl von 231 Anwesenden 228 Stimmen. Ein Abgeordneter stimmte mit Nein, einer enthielt sich. Helmut Kohl hatte an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten sagte Helmut Kohl: Es ist eine großartige Sache, daß in dieser Stunde meine Kollegen und Freunde in der Fraktion dieses Votum mir mit auf den Weg gegeben haben. Das ist ein wichtiger Vertrauensbeweis für diese sehr schwierige Zeit, die jetzt vor uns steht. Ich habe das auch in der Fraktion zum Ausdruck gebracht. Ich bin mir über die Schwere der Aufgabe voll und ganz bewußt. Und ich hoffe, daß wir das, was wir heute mit dieser Nominierung so überzeugend begonnen haben, auch überzeugend weiterführen können.

Ich bin sehr zufrieden mit diesem Resultat. Wenn man sechs Jahre dieses schwierige Amt eines Fraktionsvorsitzenden wahrnimmt im Auf und Ab des politischen Alltags, dann ist es ganz natürlich, daß man auch in dieser oder jener Frage mit Kollegen aneinandergerät, daß man unterschiedliche Meinungen vertritt, daß sich dieses oder jenes vielleicht auch staut und zurückbleibt, was nicht immer in Übereinstimmung ist.

## HELMUT KOHL IM BUNDESTAG

# Wechsel in der Demokratie ist keine Machenschaft

**In der entscheidenden Sitzung am Freitag, 17. September 1982, hat Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag folgendes ausgeführt:**

Ich will mich ganz direkt an Sie wenden, Herr Bundeskanzler, und zunächst zum Ausdruck bringen, was wir über Ihre letzte Rede denken. Jede Regierung, Herr Bundeskanzler, hat für ihre Arbeit Respekt verdient. Und den wollen wir Ihnen auch am Ende Ihrer Regierungszeit nicht vorenthalten. Aber, Herr Bundeskanzler, dieser Respekt hätte eine noble und eine menschlich faire Form des Abschieds von einem Partner erfordert, mit dem Sie 13 Jahre zusammengearbeitet haben, und dem Sie Ihre Kanzlerschaft mitverdanken.

Viel von dem, was Sie gesagt haben, zielte nicht auf diese Stunden, sondern auf das Bild der Geschichte, das beeinflußt werden sollte. Und so wollte ich der beabsichtigten Legendenbildung entgegentreten, die da sagt, Wechsel in der Demokratie ist eine Machenschaft — wie Sie es bezeichnet haben.

Was sollen eigentlich junge Mitbürger denken, wenn Wechsel in der Demokratie zur Machenschaft degradiert wird? Das Grundgesetz unserer Verfassung sieht ausdrücklich den Wechsel der politischen Macht auch durch den Willen der Mehrheit der frei in den Bundestag gewählten Abgeordneten vor.

Demokratie, Herr Bundeskanzler, ist Herrschaft auf Zeit. Und darin unterscheidet sie sich von allen anderen Regierungsformen. Und es ist ein völlig normaler Vorgang, und es hat nichts mit Machtwech-

sel, mit Königsmord und anderem zu tun, wenn eine handlungsunfähig gewordene Regierung abtritt und durch eine neue, handlungsfähige Regierung ersetzt wird. Herr Bundeskanzler, Sie haben zutreffend die großen und schweren internationalen Probleme geschildert. Sie haben zutreffend geschildert die innere Entwicklung und Lage unseres Landes. Wir stimmen dieser inneren Lagebeurteilung zu. Aber, Herr Bundeskanzler, wir verstehen nicht, warum sie nach dieser Bilanz Ihrer Regierungszeit nicht die selbstverständlichste, die einfachste Konsequenz ziehen und einfach zurücktreten.

Wir, die CDU/CSU, gehen den von der Verfassung vorgesehenen Weg. Wir werden zu unserer Verantwortung stehen. Und wir werden versuchen, so rasch wie möglich eine handlungsfähige Regierung zu bilden und uns dann der Wahlentscheidung unserer Mitbürger stellen.

Und, Herr Bundeskanzler, warum sollten wir, die CDU/CSU, uns vor diesem Urteil fürchten? Und ich finde es auch nicht gut, daß Sie anderen unterstellen, sie würden aus Angst oder bloßen Taktieren das, was demokratische Pflicht in dieser Situation wird und ist, vermeiden. Ich habe gesagt Pflicht. Wir, die CDU/CSU, stehen in der Pflicht für die junge Generation, die Hoffnung braucht und Taten, die sie lange genug entbehren mußte. Für die alten Mitbürger, die an ihrem Lebensabend Sicherheit erwarten. Für die Arbeitslosen, nicht zuletzt für die jungen Arbeitslosen, die Arbeitsplätze suchen. Für die Wirtschaft, die Vertrauen braucht, um das alles zu ermöglichen, was jetzt zu geschehen hat.

## ■ SPD

# Schmidt ist an seiner eigenen Partei gescheitert

**Helmut Schmidt hat einen bemerkenswerten Sinneswandel hinter sich. Gleiches gilt für seine Partei. Noch bis vor wenigen Tagen waren Neuwahlen für die SPD tabu. Jetzt sind sie das demokratische Non-plusultra. Dieser Kurswechsel ist unverkennbar von reiner parteipolitischer Taktik bestimmt.**

Der SPD-Parteivorsitzende Brandt hat deutlich gesagt, worum es der SPD geht: gegen die FDP soll ein Vernichtungsfeldzug geführt und die „Alternativen“ sollen ins Parlament gehievt werden. Erhard Eppler und andere malen bereits kräftig am Bild einer „neuen“ SPD, die unter der Führung Willy Brandts zu den neuen Ufern eines rot-grün-alternativen Bündnisses aufbricht, stellt MdB Philipp Jenninger fest.

Helmut Schmidt wird nur noch die Rolle der vorübergehenden Galionsfigur zugebilligt. Er dient im Konzept Brandts lediglich der gewünschten Legendenbildung. Vergessen sind Schmidts wiederholte Rücktrittsdrohungen gegenüber der eigenen Partei wegen des NATO-Doppelbeschlusses; vergessen sind Schmidts Erklärungen aus dem Juni vor der eigenen Fraktion, wer mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tun wolle, müsse „noch tiefer in die Sozialleistungen reinschneiden“; vergessen ist Schmidts Einschätzung (im Brief an DGB-Chef Breit) einer Ergänzungsabgabe als „kontraproduktiv“. Wenigstens für einige Wochen soll die Tatsache überspielt werden, daß in Wahrheit Schmidts eigene Partei sein Scheitern

*Ich sehe keinen Grund, den Bundestag aufzulösen, um zu verfrühten Neuwahlen zu kommen ... Ich bin ein Gegner vorgezogener Neuwahlen.*

**Helmut Schmidt, NDR-Interview,  
21. August 1982**

herbeigeführt hat, und wenigstens im Falle unmittelbarer Neuwahlen hofft man, daß Schmidt noch nützlich sein möge. Niemand kann aber glauben, Helmut Schmidt werde in einigen Monaten noch Spitzenkandidat einer Brandt/Eppler/Lafontaine-SPD sein. Deshalb ist die SPD den Bürgern unseres Landes Aufschluß darüber schuldig, was sie sich von Neuwahlen verspricht bzw. mit wem sie nach Neuwahlen zusammenarbeiten will. Die FDP kommt als Partner nicht in Frage, die CDU/CSU ohnehin nicht. Brandt und andere, die Schmidt das Drehbuch der vergangenen Wochen aufgenötigt haben, können daher bestenfalls nach einer Neuwahl des Deutschen Bundestages auf „Hamburger Verhältnisse“ hoffen.

Dieses Beispiel ist übrigens äußerst lehrreich. Denn in Hamburg, wo im Sinne der Handlungsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats wirklich nur Neuwahlen helfen können, werden sie von der SPD mit allen Mitteln verhindert. In Bonn jedoch wo sich die ebenso legale wie legitime Chance abzeichnet, mitten in der Legislaturperiode auf dem vom Grundgesetz vorgezeichneten Weg zu einer neuen handlungsfähigen Regierung zu kommen, fordert die SPD jetzt plötzlich jene Neuwahlen, die sie noch vor wenigen Tagen strikt abgelehnt hat.

Bonn und Hamburg zeigen, daß es der SPD allein um den Machterhalt geht, wobei sie nicht einmal vor völlig entgegengesetzten und widersprüchlichen Argumentationen zurückschreckt. Sie widerlegt damit selbst den in Bonn erhobenen Anspruch auf eine „höhere“ politische Moral.

## Wechsel und Wende im Spiegel der Presse

# Eindrucksvoller Erfolg für Helmut Kohl

Helmut Kohl kann fürs erste zufrieden sein. Die beiden letzten Tage haben dem Kanzlerkandidaten der Union zwei eindrucksvolle Erfolge beschert:

In der ersten Bonner Verhandlungsrunde mit Strauß und Genscher gelang es dem Christdemokraten, gegen den zuvor öffentlich erklärten Widerstand des CSU-Chefs seine Terminvorstellungen für die vorgezogenen Neuwahlen durchzusetzen.

Am Tag darauf wurde er von seiner Fraktion mit einem so eindrucksvollen Ergebnis als Kanzlerkandidat nominiert, wie es wohl auch die Optimisten unter seinen Freunden ihm nicht zugetraut hätten.

**Westfälische Rundschau, 22. September 1982**

Für die Unionsparteien boten sich von vornherein zwei Verfahren an, auf den Zusammenbruch der Regierung Schmidt zu antworten. Man stand vor der Möglichkeit, durch „sofortige“ Neuwahlen (frühestens im November) innenpolitisch Remedur zu schaffen, also das offenkundige Scheitern der havarierten sozial-liberalen Koalition in einen großen Wahlsieg der Union, vielleicht den größten ihrer Zeit, umzusetzen. Das war nicht nur die Idee von Strauß. Es war, trotz gegenteiliger Bekundung, auch die Furcht, ja die Zitterpartie des allergrößten Teils der SPD. Denn sie hätte keine Zeit gehabt, sich zu sammeln.

Kohl und die CDU waren von Anfang an anderer Meinung. Das Remedur-Konzept hätte den Tod der FDP bedeutet, entweder in der Form des sofortigen Auseinanderfallens oder bei der Novemberwahl. Der Kanzlerkandidat hatte jedoch seit Jahren auf Partnerschaft gesetzt und konnte sich, als die Stunde schlug, nicht anders entscheiden. In einem „sofortigen“ Wahl-

kampf hätte die Union auch die Liberalen in die volle Haftung für die miserable Lage der Nation nehmen müssen, zwangsläufig. Wer aber garantiert einer einzigen Partei-formation wie der Union die absolute Mehrheit im Parlament auf Dauer?

**Die Welt, 22. September 1982**

Strauß hat beim ersten Koalitionsgespräch in der Wahlterminfrage also nachgegeben, nicht zuletzt auch deshalb, weil er von Gerhard Stoltenberg über alle Termintaktiererei Kohls und Genschers hinaus mit einem überzeugenden sachlichen Argument konfrontiert worden ist. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident und Finanzministerkandidat für Bonn machte in dem Gespräch klar, die Verabschiedung des Nachtragshaushalts für 1982 und des Etats 1983 dürften nicht hinausgeschoben, sondern müßten möglichst schnell von einer CDU/FDP-Regierung verabschiedet werden, weil sonst zwangsläufig größere Neuverschuldungen drohten. **Handelsblatt, 22. September 1982**

Noch amtiert in Bonn die alte (Rumpf-)Regierung, aber die neue Koalition ist schon da. Sie berät jetzt rasch, doch ohne nervöse Hast über ihr politisches Programm, nachdem sie die wichtigsten Termine festgesetzt hat: Am 1. Oktober soll Schmidt abgewählt werden; und am 6. März 1983 sollen Neuwahlen sein.

Die FDP-Führung hat Angst vor baldigen Wahlen. Sie möchte, daß erst dann gewählt wird, wenn die ihr entgegengesetzte „Verrat“-Parole abgenutzt ist, wenn sich die Wogen auf dem linken Flügel der Partei etwas gelegt haben. Die maßgeblichen CDU-Politiker sind bereit,

der FDP ihre Sorge zu erleichtern und die Wahl hinauszuschieben.

Alles spricht dafür, daß Strauß die Union lieber zur absoluten Mehrheit als ins Bündnis mit der FDP führen möchte. Doch ist das ein realistisches Ziel? Die absolute Mehrheit ist schwer zu erreichen in einer Zeit, in der Regieren wegen der permanenten Finanz- und Wirtschaftskrise bedeutet, sich unbeliebt zu machen.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung,  
22. September 1982**

Der künftige Bonner Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat das Kind beim Namen genannt: Die Lage der Staatsfinanzen ist dramatisch und erfordert ein Notprogramm, bei dem zunächst Kassensturz gemacht und dann der Bundeshaushalt 1983 neu aufgestellt wird.

Die erste Runde ist zugunsten von Kohl ausgegangen, den die CDU/CSU mit überwältigender Eindeutigkeit zum nächsten Bundeskanzler bestimmte. Aber es ist noch nicht die letzte Runde.

**Abendpost-Nachtausgabe,  
22. September 1982**

Politiker und Wähler im Zorn wollen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, daß die Schöpfer unserer Verfassung einen Koalitionswechsel als normalen und legalen Vorgang eingestuft und daher grundgesetzlich geregelt haben. Das konstruktive Mißtrauensvotum ist nicht eine Machenschaft, sondern eine Verfassungsregel. Und dieses konstruktive Mißtrauensvotum setzt voraus, daß eine bestehende Regierungsmehrheit zerbricht und durch eine neue Mehrheit abgelöst werden kann. Zugegeben: Diese Verfassungsregel ist durch die unbegründete Mißtrauensabstimmung von 1972 in Mißkredit geraten. Damals mußte sich der Kanzlerkandidat der Union auf Renegaten einer weiterbestehenden Koalition verlassen. Diesmal ist aber die Koalition aufgekündigt, die Frak-

tion der Liberalen hat sich mit klarer Mehrheit für den Wechsel entschieden. Der Verfassung ist in allem Genüge getan, wenn die Liberalen nun Helmut Kohl statt Helmut Schmidt zum Kanzler haben wollen. Zum erstenmal wird das Mißtrauensvotum solide angewendet.

**Schwäbische Zeitung, 20. September 1982**

Da dringend ein neuer, wirklicher Sparhaushalt für 1983 und auch begleitende Gesetze beschlossen werden müssen, könnte eine sofortige Parlamentsauflösung als Flucht aus der gerade übernommenen Verantwortung interpretiert werden. Wahlen im März nächsten Jahres sind daher ein schwerer, aber ein glaubwürdiger Weg. Denn bis Anfang 1983 kann ein Kabinett Kohl/Genscher eine ganze Reihe tiefgreifender Maßnahmen einleiten und als Regierungsprogramm verbunden mit weiteren Wahlaussagen den Bürgern zur Abstimmung vorlegen. Das sollten sich nicht nur jene in der Union und vor allem in der CSU überlegen, die möglicherweise aus Groll über die FDP der Vergangenheit noch in diesem Jahr wählen möchten. Das sollte vor allem auch die SPD berücksichtigen, die lauthals nach konkreten Alternativen ruft. Die Arbeit eines neuen bürgerlich-liberalen Kabinetts aber wäre schon nach wenigen Monaten sicherlich konkreter als dies ein Wahlprogramm im Oktober sein kann.

**Kölnische Rundschau, 20. September 1982**

Wenn Helmut Kohl auf dem Wege eines konstruktiven Mißtrauensvotums Bundeskanzler werden sollte, hat er verfassungsrechtlich die gleiche Qualität vorzuweisen, wie ein Kanzler, der aus Wahlen hervorgegangen ist. Wer hieran rüttelt, stellt sich gegen die Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Daß die SPD jetzt „in die vollen“ geht, sollte ihr niemand verübeln. Das gehört zum politischen Spiel, auch wenn die Sprüche den Argumenten

weit enteilt sind. Helmut Schmidt, der auch als abgewählter Kanzler ein formidabler Herausforderer für jeden denkbaren Regierungschef wäre, weiß wohl am besten, wie brüchig sein taktischer Schulterschluß mit der SPD-Linken bleiben muß. Er wird doch wohl nicht vergessen haben, daß ihn diese Linke im nächsten Jahr über den NATO-Doppelbeschluß, dessen Erfinder Schmidt ja ist, stolpern lassen wollte? Eigentlich würde es unserem Land nur nützen, wenn ein so fähiger Mann wie Schmidt die zerstörerischen Konflikte innerhalb der Sozialdemokratie — Friedensbewegung, die Grünen, Nullwachstum etc. — endlich aufgreifen und lösen würde. Der Lösung dieser Konflikte, die auch Auseinandersetzungen mit Brandt und seiner Jugendriege in der Partei auslösen müßte, ist Schmidt mit dem Getue des Staatsmannes immer ausgewichen. Es wäre an der Zeit, daß er sich um seine Partei kümmert.

**Saarbrücker Zeitung, 20. September 1982**

Mit der Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit, angesichts der horrenden Staatsverschuldung, vor dem Hintergrund plötzlich auftretender Sparzwänge, die zu meistern Liberale und Sozialdemokraten nicht in der Lage waren, hatte sich der Wählerwille seit 1980 rasant gewandelt. In dem Zerwürfnis zwischen SPD und FDP spiegelt sich erkennbar auch der Sympathieverlust in der Bevölkerung wider.

Mut und nicht Taktik ist gefragt. Es geht um eine historische Entscheidung. Der Bürger will den Wechsel.

**Stuttgarter Nachrichten, 18. 9. 1982**

Die Verantwortung, die der sechste deutsche Bundeskanzler übernimmt, ist schwer. Helmut Kohl, wenn er gewählt wird, kann sie nicht allein tragen. Im Interesse unseres Landes muß man ihm wünschen, daß er eine starke und in sich geschlossene Mannschaft um sich versam-

## FDP-Präsidium billigt Gesprächsergebnis

Das FDP-Präsidium hat am Dienstag das Ergebnis der Koalitionsgespräche vom Montag abend zwischen CDU/CSU und FDP ohne förmlichen Beschluß gebilligt, teilte ein FDP-Sprecher nach der zweieinhalbstündigen Sitzung des Gremiums mit, in dem FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher über Verlauf und Ergebnis der Gespräche mit den Unionspolitikern Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Gerhard Stoltenberg und Friedrich Zimmermann berichtete.

Führende FDP-Politiker haben am Dienstag noch einmal der SPD die Schuld für den Bruch der Bonner sozial-liberalen Koalition gegeben. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick erklärte nach einer Präsidiumssitzung seiner Partei vor Journalisten, die SPD habe die Koalition aufgekündigt. Es werde nicht gelingen, die FDP deswegen zu spalten. „Wer gehen will, soll gehen“, fügte er mit Blick auf Drohungen einiger linksliberaler Politiker hinzu.

melt, die mit klarem Blick und mit derselben Tatkraft an die Aufgaben herangeht wie die Regierungen von 1949 und 1969.

**Hannoversche Allgemeine Zeitung, 18. 9. 1982**

Es wundert niemanden, daß Schmidt die sozial-liberale Koalition mit einer fulminanten Geschichtsklitterung zu Grabe brachte: Die Unzuverlässigkeit „einiger FDP-Führer“ habe das Schiff leck geschlagen. Wenn der Nebel sich über der Havarie lichtet, wird jedoch für jedermann deutlich werden, daß in Wahrheit die Unfähigkeit der SPD den Bankrott ihres Verteilungsre-

gimes fortzuschreiben, die politische Flucht nach vorn veranlaßt hat.

Schmidt verfolgt zwei Ziele: Er suchte den Bruch, um die Freien Demokraten in Hessen und Bayern noch schnell zu Paaren treiben zu können. Er will sie durch zwei schwere Niederlagen lähmen. Und er versucht zweitens, als Bundeskanzler in Neuwahlen zu ziehen, in denen er wie Siegfried die Lindenblattstelle vorzeigen kann, in die der düstere Hagen Tronje alias Hans-Dietrich Genscher seine Lanze bohrte. Das ist die Taktik; die hohen Worte über den Staat sind nur Beiwerk.

Neuwahlen werden kommen, aber nicht in der Regie des Gescheiterten.

**Die Welt, 18. 9. 1982**

Kohl will sich lieber etwas Zeit lassen, erst eine Grundlage für die Zusammenarbeit mit der FDP schaffen und sich dann dem Wähler stellen. Das muß auch der FDP recht sein, die derzeit mit der 5-Prozent-Marke zu kämpfen hat. Erforderlich ist nun, daß CDU und CSU deutlich sagen, was sie anders und besser machen wollen. Jetzt ist Helmut Kohl an der Reihe. Will er nicht ein Kanzler sein, der die Kanzlerschaft lediglich den Fehlern anderer und seinem eigenen Beharrungsvermögen zu verdanken hat, muß er jetzt Flagge zeigen. **General-Anzeiger, Bonn, 18. 9. 1982**

Oppositionsführer Kohl und Genscher haben die Absicht Schmidts, den nächsten Wahlkampf im November mit Kanzlerornat, Amtsbonus und Stander zu bestreiten, vereitelt. Sie steuern geradewegs auf das konstruktive Mißtrauensvotum zu, bei dem der neue Bundeskanzler mindestens 249 Stimmen erhalten muß. Die Wahl Kohls ist gesichert, wenn sich zu den 226 Stimmen der CDU/CSU auch nur die Hälfte der 53 FDP-Stimmen gesellt. Dem jetzt amtierenden SPD-Minderheitskabinett ist also nur kurze Lebensdauer beschieden.

Niemand kann über das Ende einer Koalition traurig sein, deren Partner sich schließlich nur noch in gegenseitigen Vorwürfen ergingen.

**Abendpost-Nachtausgabe, 18. 9. 1982**

Die plötzlich wiederentdeckte Solidarität zwischen der SPD und ihrem ungeliebten Kanzler Schmidt kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Schmidt schon vor einem halben Jahr, ohne Genscher und Lambsdorff, gestürzt worden ist. Und zwar von seinen eigenen Genossen, die ihm die Bleigewichte einer nicht mehr marktwirtschaftlichen Politik um den Hals hängten.

Helmut Schmidt möchte mit der Aura des einst erfolgreichen und angesehenen, nun aber angeblich schnöde verratenen Kanzlers in die fällige Neuwahl des Bundestages gehen und als Märtyrer neue Wähler locken. Demgegenüber würde die von Genscher und Kohl bereits seit einiger Zeit offen begründete „neue Mehrheit“ geradezu unpolitisch vorgehen, wenn sie sich vom Minderheitskanzler das Gesetz des Handelns aus der Hand nehmen ließe.

**Rheinische Post, 18. 9. 1982**

Man versteht, warum die SPD jetzt Wahlen wünscht. Sie hofft auf Wähler der FDP. Man versteht umgekehrt, warum die FDP dies jetzt nicht wünscht. Sie will Zeit für die Erklärung ihres Kurswechsels gewinnen, nachdem sie ein ganzes Jahr vergeudet hat.

Die neue Regierung muß schwere und harte Entscheidungen treffen, noch für den Haushalt 1983. Die Kur der Staatsfinanzen wird schmerzhaft werden. Die neue Regierung hat die Legitimation dazu — aber sie braucht auch Kraft und Dauer. Sie braucht politischen Rückenwind und die Aussicht, vier Jahre zu regieren.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. 9. 1982**



## INFORMATION

### Eintrittswelle bei der CDU

Den größten Mitgliederzulauf seit fünf Jahren verzeichnet der Bonner CDU-Kreisverband in diesen Tagen im Zusammenhang mit der Regierungskrise in Bonn. Allein 400 Anträge auf Neuaufnahme zählte die Geschäftsstelle der Union in der letzten Zeit.

Bewerber sind überwiegend Angehörige des gehobenen und höheren Dienstes der Bundesministerien. An der Spitze der Neueintritte liegen Angehörige des Bundesverteidigungsministeriums.

### CDU-Fachtagung: Ausländer in Deutschland

Mehr als 500 Teilnehmer, darunter viele Ausländer, erwartet die CDU zu ihrer wissenschaftlichen Fachtagung am 20. und 21. Oktober zum Thema „Ausländer in Deutschland — für eine gemeinsame Zukunft“.

Mit diesem Kongreß erfüllt die CDU einen Auftrag ihres Bundesparteitages vom November 1981. Auf diesem Kongreß soll die Situation der ausländischen Einwohner in Deutschland umfassend analysiert werden. Zugleich sollen Wege zur Lösung der Probleme aufgezeigt werden.

Absicht der Fachtagung ist, über Parteigrenzen hinweg, mit Deutschen und Ausländern, Wissenschaftlern und Politikern, Sachverständigen und Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen Fragen zu erörtern, die sich aus dem Zusammenleben von Ausländern und Deutschen ergeben.

Ziel der Tagung ist es, die Diskussion über die Ausländerpolitik auf eine rationale Grundlage zu stellen. Voraussetzung dazu ist eine Aufklärung über Sachverhalte. So ist beispielsweise längst nachgewiesen,

daß die Ausländerfeindlichkeit dort am größten ist, wo keine Informationen und keine persönlichen Kontakte mit Ausländern bestehen.

### Nobelpreis für Lech Walesa gefordert

Mehr als 50 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete haben den inhaftierten Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft „Solidarität“, Lech Walesa, für den Friedensnobelpreis 1983 vorgeschlagen. Eine entsprechende Eingabe ist vom Abgeordneten Graf Huyn an das norwegische Nobelkomitee gerichtet worden. Walesa ist bisher von mehreren Dutzend Gruppen und Organisationen für den Preis vorgeschlagen worden.

Der Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Norbert Blüm, hat in einem Schreiben an das Nobelpreiskomitee in Oslo ebenfalls den Vorschlag unterstützt, Lech Walesa mit dem diesjährigen Friedensnobelpreis auszuzeichnen. Walesa verkörpere für alle Unterdrückten der Welt eine Hoffnung des Friedens und der Freiheit.

### Die wahren Ursachen der Flüchtlingsströme

Der Unionsabgeordnete Peter W. Höffkes macht darauf aufmerksam, daß der weitaus größte Teil der Flüchtlingsströme in der Welt auf die direkte oder indirekte Intervention der UdSSR oder ihrer Satelliten zurückzuführen ist. So hat beispielsweise die sowjetische Invasion in Afghanistan den weitaus größten Flüchtlingsstrom seit Ende des 2. Weltkrieges ausgelöst. Es leben heute über zwei Millionen afghanische Flüchtlinge in Pakistan.

Ein Flüchtlingsproblem von ähnlicher Dimension hat ebenfalls seine Wurzeln in der marxistischen Expansionspolitik der äthiopischen Militärjunta. Schließlich sei in

diesem Überblick noch auf die etwa eine Million Flüchtlinge aus Indochina hingewiesen, die ebenfalls vor einem kommunistischen System flohen beziehungsweise fliehen mußten.

Die kommunistischen Staaten, die nahezu ausschließlich für dieses Flüchtlingseleid die Verantwortung tragen, sind an der Linderung dieses Problems nicht interessiert. Leider hat es die sozial-liberale Bundesregierung in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt, über die wahren Ursachen der Flüchtlingsströme zu informieren und die Schuldigen beim Namen zu nennen. Es kann nicht angehen, daß die westlichen Industrieländer kommentarlos die Schäden zu reparieren versuchen, die kommunistische Aggressionen in zahlreichen Ländern der Welt hervorgerufen haben.

## **DDR-Jugend hungert nach Begegnungen**

Von einer dreitägigen Privatreise durch die DDR ist Berlins Bundessenator Blüm (CDU) mit dem Eindruck zurückgekehrt: „Die DDR-Bürger warten auf uns, auf unsere Besuche, mehr als wir glauben. Gerade junge Leute sind ungeheuer hungrig nach Begegnungen und Gedankenaustausch mit uns.“ Was in der Bundesrepublik geschehe, werde von Millionen von Menschen in der DDR über Funk und Fernsehen „mit hoher Aufmerksamkeit“ verfolgt.

Blüm glaubt zweierlei bei den Menschen, die er sprechen konnte, verspürt zu haben: Die Befürchtung, im Westen „langsam vergessen zu werden“, und die Angst, daß der eigene Bewegungsspielraum auch im Ostblock immer enger begrenzt werde. Nach der Sperrung des Reiseverkehrs mit Polen gebe es jetzt Gerüchte, auch Ungarn wolle man für DDR-Bürger „dichtmachen“. In diesem Zusammenhang haben viele Gesprächspartner den Senator mit der Mahnung bedrängt,

die der DDR gewährten wirtschaftlichen Vorteile „für menschliche Erleichterungen zu nutzen“.

## **DGB bereit zur Zusammenarbeit**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wolle auch mit einer christlich-liberalen Bundesregierung unter der Führung eines Bundeskanzlers Helmut Kohl (CDU) zusammenarbeiten, sagte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit im Norddeutschen Rundfunk. In welcher Form diese Zusammenarbeit stattfinde, hänge von der Politik der neuen Bundesregierung ab, erklärte Breit. Der DGB werde wegen des Regierungswechsels in Bonn nicht auf die Straße gehen.

Nach wie vor sei die erste Forderung der Gewerkschaft Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. In diesem Zusammenhang werde der DGB allerdings die für Oktober und November geplanten Aktionen starten und auch auf die Straße gehen. Neuwahlen sind nach Auffassung des DGB-Bundesvorstandes „die sauberste Lösung“. Der Wähler habe Anspruch darauf, besonders gegenüber der veränderten Position der FDP, sein Votum abzugeben.

## **Volmer als CGB-Vorsitzender bestätigt**

Mit überwältigender Mehrheit ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Volmer für weitere vier Jahre in seinem Amt als Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) bestätigt worden. Auf dem Kongreß des CGB am 18./19. September 1982 gab Volmer bekannt, daß sich die Mitgliederzahl seit 1979 von 249 000 auf fast 300 000 erhöht hat. Dieser Boom wird innerhalb des CGB sowohl auf die jetzige SPD-Regierung als auch auf die Affäre um die „Neue Heimat“ zurückgeführt.

## FINANZEN

# Wir brauchen ein Jahrzehnt des Jätens und Säens

**Die Vorschläge der Regierung zum Bundeshaushalt sind das Endzeit-Dokument einer 13jährigen, von Grund auf falsch angelegten Politik, unzureichend und fehlerhaft. Sie sind vor allem ohne einen Entwurf für die Zukunft, der die schöpferischen Kräfte unseres Volkes zur Heilung der Krise entfalten könnte, erklärte Hansjörg Häfele im Deutschen Bundestag.**

**W**as wäre nach einem Neuanfang zu tun? Am Anfang muß stehen eine redliche Bestandsaufnahme. Es helfen keine weiteren Beschönigungen und Täuschungen mehr. Der Staat hat sich übernommen. Die Erblast trifft alle. Es geht auf Dauer nicht weiter mit ständiger Inflation, mit Fortsetzung der Verschuldung, bin-nenwirtschaftlich wie international.

Wir müssen die Grundbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft wieder in Gang bringen. Dies wird ein schwerer, langer Weg. Lambsdorffs Analyse ist zutreffend, seine Vorschläge gehen größtenteils in die richtige Richtung, Teile sind selbstverständlich fragwürdig und verbesserungsfähig. Im Grundsatz hat sich ein Vertreter der Regierung endlich auf die Linie begeben, welche die CDU/CSU mit ihrem 7-Punkte-Programm vom Februar dieses Jahres vorgezeichnet hat. Wir brauchen ein Jahrzehnt des Jätens und Säens. Im einzelnen hat folgendes zu geschehen:

**1** Durchgreifender Beginn und zähes Fortführen der Sanierung der Staatsfinan-

zen durch Begrenzung der Ausgabenzuwächse. Das Zurückziehen der öffentlichen Hände aus Aufgaben und Ausgaben, die Wiederverkleinerung des Staatsanteils ist kein Selbstzweck. Dies soll vielmehr Freiräume schaffen für persönliche Leistungsbereitschaft, Selbstverantwortung, Privatinitiative und betriebliche Investitionen und Innovationen.

**2** Mittelfristig muß das Steuersystem leistungs-, investitions- und wachstumsfreundlicher ausgestaltet werden. Möglichst viele sollen dadurch auch zur Selbstständigkeit ermuntert werden.

**3** Abbau von Investitionshemmnissen im Wohnungsbau, Energiebereich und in der Nachrichtentechnik.

**4** Entbürokratisierung zur Erhöhung der gebiets- und fachbezogenen Beweglichkeit und Änderungsbereitschaft der Betriebe und der Arbeitnehmer.

**5** Ermunterung der Tarifpartner, bei der Lohnpolitik mit Vorrang die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sehen. Neue Schritte zur breiteren Streuung des Vermögens.

Das Ziel besteht darin, die Schaffenskraft unseres Volkes zur Entfaltung zu bringen. Deshalb können in unserer Lage leider Verteilungsgesichtspunkte nicht Vorrang haben. Die soziale Aufgabe Nummer eins für die kommenden Jahre besteht vielmehr darin, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Die soziale Aufgabe Nummer zwei, welche unmittelbar mit der ersten verknüpft ist, besteht darin, die Grundlagen unseres so-

zialen Sicherheitssystems gesund in die Zukunft zu retten. Wir können uns also eine Politik nicht leisten, welche vor allem darin besteht, einen kleiner werdenden Kuchen anders verteilen zu wollen. Wir müssen vielmehr alles tun, um den Kuchen wieder zu vergrößern.

Im Kern geht es um eine geistig-moralische Herausforderung. Wir müssen Abschied nehmen von der glücksorientierten Staatsauffassung, als ob der Staat alles und jedes lösen könne. Wir müssen Abschied nehmen vom Anspruchsdenken, von der Subventionsbegehrlichkeit, von der Betreuungsmentalität. Die Politik muß wieder mehr an die Stärken der Bürger appellieren und darf sie nicht länger anstacheln zum Bequemem.

Wir müssen der Jugend wieder Zuversicht geben, aber nicht indem wir ihr alles versprechen, sondern indem wir ihr wieder klarmachen, daß sie in erster Linie selbst dafür verantwortlich ist, wie sie ihr Leben zimmert. Wir müssen die andere Seite des „Sozialen“ wieder deutlich machen, daß es unsozial ist, anderen zur Last zu fallen, wenn man selber etwas leisten kann.

Dies ist das deutsche Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“. Ihre Schöpfer wußten immer, daß das Wagnis der Freiheit nur gelingt, wenn Werte, Tugenden, Pflichten die geistig-moralische Klammer bilden. Freiheit bedarf der moralischen Bindungen. Freiheit bedarf der Selbstverantwortung und der Hilfsbereitschaft. Dies ist das Gegenteil einer „Ellenbogen“- oder „Raubritter-Gesellschaft“. Jeder, der in einer verantwortlichen Position ist, muß um seine Vorbildwirkung wissen. Ob Eigentumsunternehmer oder Managerunternehmer oder Politiker oder Verbandsfunktionär oder Gewerkschaftsführer — wir werden als Volk die schwere Aufgabe, die vor uns steht, nur meistern, wenn es nicht heißt: „Sie predigen Wasser — und trinken Wein.“

## ■ ARBEITSMARKT

### Die SPD-Fehler korrigieren — ein schweres Erbe

**Das Erbe, das uns in Bonn zufallen wird, wird sicher schwer sein. Es ist ein ganz anderes Erbe, als das, was wir 1969 der sozial-liberalen Koalition hinterlassen haben. Damals betrug die gesamte Neuverschuldung des Bundes aus zwanzig Jahren Wiederaufbau 14 Milliarden DM. Das soziale Netz war solide finanziert. Unsere Wirtschaft war voll-, teilweise überbeschäftigt. All das gilt nicht mehr. Auf einen Arbeitslosen kamen damals sechs offene Stellen. Heute kommen achtzehn Arbeitslose auf eine offene Stelle.**

**A**rbeitslosigkeit ist eine Geißel. Sie demoralisiert. Insbesondere Jugendarbeitslosigkeit ist eine politische Schande. Arbeitslosigkeit ist zudem teuer, sehr teuer auch für den Staat, stellte Alfred Dregger im Bundestag fest.

Ist Vollbeschäftigung heute noch möglich? Unser europäisches Nachbarland die Schweiz ist vollbeschäftigt (0,4% Arbeitslose). Unser großer Konkurrent auf den Weltmärkten und auf dem deutschen Markt, Japan, ist vollbeschäftigt (2,3% Arbeitslose). Wir brauchen nicht schlechter dazustehn.

Für ein Land wie das unsere, das an Energie und Rohstoffen arm ist, in dem nahezu jeder dritte Arbeitnehmer für den Export arbeitet, für unser Land ist Vollbeschäftigung eine Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, eine Situation, die der japanischen sehr ähnlich ist.

Die Exporterfolge dieses Jahres dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in einigen wichtigen Zukunftsbranchen von den Japanern und Amerikanern abgehängt worden sind. Das gilt für die Mikroelektronik, die mit ihr eng zusammenhängende Informations- und Kommunikationstechnik, für den Kraftwerksbau und anderes mehr. Auf der anderen Seite bedroht uns die Billigpreiskonkurrenz der sozialistischen Länder und der fortgeschrittenen Entwicklungsländer. Nun gibt es einige Grün-Rote-Apostel, die uns das einfache Leben predigen, ohne es selbst auf sich zu nehmen. Wollen wir auf den Stand der Entwicklungsländer und der sozialistischen Länder zurückfallen? Dann ist es allerdings mit dem großzügigen sozialen Netz und mit dem jetzigen Lebensstandard der breiten Schichten zu Ende. Darüber müssen wir und klar sein: Nur ein Hochleistungsland kann auch Hochlohnland und Sozialstaat sein.

Hochleistungsland, das betrifft insbesondere unsere technische Innovationsfähigkeit. Es gibt Schätzungen, nach denen in der Bundesrepublik Deutschland demnächst 150 000 Lehrer keinen Arbeitsplatz in ihrem erlernten Beruf finden werden. Dafür fehlen in wichtigen Bereichen der Industrie geeignete Ingenieure und Facharbeiter. Das ist eine gigantische Fehlleitung der Zukunftshoffnungen und Bildungsenergien einer ganzen Generation. Es war ein schlimmer Fehler, Bildungssystem und Beschäftigungssystem so total voneinander abzukoppeln. Wovor wir immer, wenn auch vergeblich, gewarnt haben.

Diese Fehler müssen korrigiert werden. Die praktischen Begabungen, die praxisbezogenen Bildungsgänge. Die Naturwissenschaften müssen wieder in den Vordergrund treten. Unsere Universitäten müssen von Politik und Bürokratie befreit und wieder voll in den Dienst der Wissenschaft gestellt werden. Es darf nicht sein,

das junge qualifizierte deutsche Wissenschaftler deshalb ins Ausland gehen, weil bei uns die Voraussetzungen für wissenschaftliche Arbeit so sehr beeinträchtigt sind. Technikfeindlichkeit ist ein Luxus, den ein Land wie das unsere sich nicht leisten kann. Das bedeutet keine Absage an den Umweltschutz. Im Gegenteil. Beide bedingen einander. Nur eine leistungsfähige Industrie und ein nicht von Massenarbeitslosigkeit geplagter Staat können die Kosten für den Umweltschutz finanzieren, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen, auf die wir angewiesen sind.

Es ist eine aktuelle Aufgabe der Politik von Bund und Ländern, die ideologischen Barrieren wegzuräumen, die der Verwirklichung von Großprojekten entgegenstehen, die ohne zusätzliche Belastung der leergekämmten öffentlichen Kassen verwirklicht werden können. Das gilt zum Beispiel für den Kraftwerksbau.

Was das bedeutet, kann man auch an der Startbahn West studieren. Die dortigen Prozesse begannen 1972 und sind bis heute nicht abgeschlossen. Es ist unverantwortlich, bei Massenarbeitslosigkeit und leergekämmten Staats- und Gemeindegeldern Projekte zu verhindern, die finanziert, ökonomisch notwendig und umweltverträglich sind.

Was für den Kraftwerksbau gilt, gilt auch für die Informations- und Kommunikationstechnik, deren Freigabe für die Entwicklung der Mikroelektronik von großer Bedeutung ist. Man kann durchaus die Frage aufwerfen, ob es wirklich ein Glück für die Menschheit ist, daß alle diese Techniken erfunden werden. Aber wir können die Erfindungen nicht verbieten und ihre Verbreitung nicht aufhalten.

Was wir beeinflussen können, ist doch nur die Frage, ob die Arbeitsplätze für diese neuen Techniken nur in Amerika und Japan oder auch bei uns entstehen.

## ■ KA-STIFTUNG

### Fragen an die deutsche Geschichte ...

#### Neue Veranstaltungsreihe in Eichholz

Welches sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Entstehung unserer heutigen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung? Was läßt sich über die wichtigsten Kräfte, Ideen und Grundentscheidungen sagen, die politisches Handeln ermöglichen, ihm zugleich aber auch Schranken setzen? Antworten darauf bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung JUNGEN ERWACHSENEN in einer neuen, dreiteiligen Veranstaltungsreihe. Die Themen im einzelnen:

— „Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden . . .“ Vom Obrigkeitsstaat zum freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat.

— Von der Dampfmaschine zum Atomreaktor — Technischer Fortschritt und sozialer Wandel im Industriezeitalter.

— „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ — Vom Wunsch nach Vorherrschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit in der internationalen Politik.

Die Veranstaltungen finden in der Heimvolkshochschule Eichholz statt. Es wird ein Teilnehmerbeitrag in Höhe von 25 DM erhoben. Die Fahrtkosten werden gemäß den Kosten einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn erstattet. Die Eigenbeteiligung an den Fahrtkosten beträgt 20 DM. Im Fahrpreis nicht enthaltene Zuschläge und Zubringerkosten können nicht erstattet werden.

Anmeldungen/Weitere Informationen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**  
**Bildungswerk/ Heimvolkshochschule**  
**Eichholz, Postfach 29, 5047 Wesseling**  
**Telefon (0 22 36) 7 07-2 34**

## STICHWORT:

### Seerechtskonvention

*Mit der Verabschiedung einer neuen Seerechtskonvention ist nach neunjähriger Verhandlungsdauer am 30. 4. 1982 in New York die 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen beendet worden. Sachkundige Beobachter sprechen bereits heute davon, daß das neue Vertragssystem die wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse der Erde in einer Weise verändern wird, die nur mit dem Zeitalter der Kolonialisierung vergleichbar ist.*

*Inhaltlich bringt das neue Seerecht eine Verzonung und Nationalisierung der Meeresressourcen durch die Einrichtung der Küstenmeere (12 Seemeilen), der Wirtschaftszonen (200 Seemeilen) und der Festlandsockelzonen. Die Aufteilung der Meere führt dazu, daß lediglich zehn Staaten der Welt 54 Prozent aller Wirtschaftszonen erhalten, während einer Gruppe von rund 90 Staaten unterschiedlich kleine Seeräume zugesprochen werden. 55 geographisch benachteiligte oder Binnenstaaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, gehen praktisch leer aus.*

*Besonderes Gewicht kommt der Neuregelung des zukünftigen Tiefseebergbaus zu. Die Genehmigung des Abbaus von Kobalt, Nickel, Eisen und Mangan liegt zukünftig bei der UN-Meeresbodenbehörde mit Sitz in Jamaika. Insofern bedeutet das neue Seerecht den Einstieg in eine neue Weltwirtschaftsordnung mit planwirtschaftlich-bürokratischen Strukturen, die durch die Stimmrechtsdominanz der Entwicklungsländer gekennzeichnet sind.*

*Insgesamt fällt auf, daß Langküstenstaaten durch die neue Seerechtskonvention auf Kosten der Staatengemeinschaft in unerträglicher Weise begünstigt werden, während andererseits eine größere Gruppe von „Hinterländern“ auf die Dauer von der Nutzung des Reichtums der Meere und des Meeresbodens ausgeschlossen wird.*

# Zur Sache:

**Deutschland braucht jetzt eine handlungsfähige Regierung:**

## Damit es wieder aufwärts geht

Die SPD/FDP-Koalition ist an der inneren Zerrissenheit der SPD gescheitert. Die Schmidt-Regierung hat unser Land in schwere Krisen treiben lassen. Am Ende der Regierung Schmidt

- ist die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland ins Zwielicht geraten und der Verteidigungswille erschüttert,
- sind die wirtschaftlichen Grundlagen bedrohlich geschwächt,
- wächst der staatliche Schuldenberg von Tag zu Tag,
- nimmt die Steuer- und Abgabenlast zu,
- wächst die Zahl der Arbeitslosen weiter.

### **Deutschland braucht jetzt einen neuen Anfang.**

Eine Regierung aus CDU/CSU und FDP gibt den Menschen wieder Hoffnung auf politische und wirtschaftliche Stabilität und auf die Sicherung des sozialen Friedens durch soziale Gerechtigkeit.

**Der Weg aus der Krise erfordert Jahre der Anstrengungen aller Deutschen. Wir müssen vereint an die Arbeit gehen und wollen dazu unseren Beitrag leisten.**

**Die Regierung Kohl ist der Beginn einer neuen Gemeinsamkeit: für eine aktive Friedenssicherung, für wirtschaftliche Gesundung und für sozialen Frieden.**

### **Wir müssen jetzt handeln:**

- 1.** Wir brauchen unverzüglich eine neue Regierung. Jetzt muß der Bundeskanzler rasch gewählt und die neue Regierung gebildet werden. Ein Minderheitskabinett Schmidt bedeutet monatelange Unsicherheit.
- 2.** Die neue Regierung wird klare Zeichen setzen:
  - Sie wird eine Politik der Partnerschaft nach außen festigen.
  - Sie wird die Gesundung der Staatsfinanzen einleiten.
  - Und sie wird erste Entscheidungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit treffen.
- 3.** Am 6. März 1983 werden die Wähler über die neue Regierung und ihr Programm durch Neuwahlen entscheiden.

# CDU

**II** sicher  
sozial  
und frei

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## TERMINE

8. 10. *LV Baden-Württemberg*  
Eröffnung OB-Wahlkampf,  
Stuttgart
8. 10. *MIT Schleswig-Holstein*  
Landesmittelstandstag, Kiel
8. 10. *LV Rheinland-Pfalz*  
Landesvorstandssitzung,  
Mainz
11. 10. *CDU-Präsidium*  
Sitzung, Bonn
13. 10. *CDU Bund*  
Landesgeschäftsführer-  
konferenz, Bonn
14. 10. *Junge Union Niedersachsen*  
Landesvorstandssitzung,  
Hannover
15. 10. *LV Baden-Württemberg*  
KV- und KGF-Tagung,  
Bad Liebenzell
15. 10. *LV Schleswig-Holstein*  
Landesvorstand, Kiel
15. 10. *LV Braunschweig*  
Landesvorstand, Braunschweig
15. 10. *LV Braunschweig*  
Landesausschuß, Braunschweig
16. 10. *CDA Bund*  
Bundesvorständekonferenz
- 16./17. 10. *Junge Union Niedersachsen*  
Schülerbeauftragtenkonferenz,  
Soltau
18. 10. *CDU-Präsidium*  
Sitzung, Bonn
- 20./21. 10. *CDU Bund*  
Ausländerkongreß  
Wissenschaftliche Fachtagung,  
Bonn, KAH
- 21./22. 10. *MIT Bund*  
Kreisvorsitzendenkonferenz,  
Bonn
21. 10. *EAK Bund*  
Bundesvorstandssitzung,  
Bonn, KAH
22. 10. *Frauenvereinigung Bund*  
Bundesvorstand, Bonn
22. 10. *LV Westfalen-Lippe*  
Geschäftsf. Landesvorstand,  
Dortmund
22. 10. *LV Westfalen-Lippe*  
Landesvorstand, Dortmund
- 22./23. 10. *Frauenvereinigung*  
Westfalen-Lippe  
Seminar „Parteiprogramme“,  
Dülmen
22. 10. *Frauenvereinigung Bund*  
Vorstand/Europa-Sektion,  
Bonn
22. 10. *Frauenvereinigung Saar*  
Öffentl. Verant.  
Thema Kunst, Homberg
23. 10. *LV Westfalen-Lippe*  
Vorsitzendenkonferenz,  
Dortmund
26. 10. *CDA Bund*  
Landessozialsekretärs-  
konferenz, Königswinter

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

# U*i*D